

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 10.07.2019 im Großen Saal des
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Patric Kohler

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Manfred Müller

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Alfred Veith

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Heidrun Zeus

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung Daniel Fritz

Ortsverwaltung Altschweier Manfred Müller

Ortsverwaltung Vimbuch Manuel Royal

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,

Martin Bürkle

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,

Corina Bergmaier

Personal und Organisation, Daniel Bauer

Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,
Jörg Zimmer
Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,
Thomas Bauer
Revision, Petra Ewert
Rechts- und Ausländerwesen,
Elisabeth Beerens
Zentrale Dienste, Reinhard Renner
Klimaschutz und Energie, Markus Benkeser
Klimaschutz und Energie, Monika Brudler
Europa und Partnerschaften,
Bettina Streicher
Stadtentwicklung, Barbara Thévenot

Zuhörer/innen 31

Pressevertreter 2

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied

Stadtrat Thomas Wäldele
Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.06.2019 gefassten Beschlüsse
3. Oberbürgermeisterwahlen 2019; Bildung des Gemeindewahlausschusses
4. Erschließung Baugebiet „Hofmatten“ in Bühl – Moos; Vergabe der Bauarbeiten
5. Zuschuss zum Bau eines Sozialzentrums in Kalarasch
6. Mietzuschuss an den Verein "Bühler Tafel e.V."
7. Erklärung des Klimanotstandes für die Stadt Bühl
8. Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2019
9. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

TOP 2: Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.06.2019 gefassten Beschlüsse

Oberbürgermeister Schnurr gibt die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.06.2019 gefassten Beschlüsse (TOP 1,2,4) bekannt.

TOP 3: Oberbürgermeisterwahlen 2019; Bildung des Gemeindewahlausschusses

Oberbürgermeister Schnurr nimmt auf Grund Befangenheit an der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil und übergibt die Sitzungsleitung an Bürgermeister Jokerst.

Beschluss:

Gemäß § 11 Kommunalwahlgesetz werden als Mitglieder des Gemeindewahlausschusses folgende Personen gewählt:

Vorsitzender:

Wolfgang Jokerst, Bürgermeister

Stellvertretender Vorsitzender:

Reinhard Renner, Abteilungsleiter Zentrale Dienste

Beisitzer:

Dr. Margret Burget-Behm
Prof. Dr. Karl Ehinger
Walter Seifermann
Peter Hirn
Lutz Jäckel

Stellvertretende Beisitzer:

Bernd Broß
Jörg Woytal
Thomas Wäldele
Barbara Becker
Norbert Zeller

Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 4: Erschließung Baugebiet „Hofmatten“ in Bühl – Moos; Vergabe der Bauarbeiten

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass dieser Punkt heute abgesetzt und in der nächsten Sitzung behandelt wird. Verzögerungen ergeben sich dadurch jedoch keine.

TOP 5: Zuschuss zum Bau eines Sozialzentrums in Kalarasch

Frau Streicher, Europa und Partnerschaften, erläutert in ihrer Präsentation den Hintergrund der Vorlage.

In der anschließenden Diskussion stehen sie und auch Oberbürgermeister Schnurr und Bürgermeister Jokerst den Gemeinderatsmitgliedern Rede und Antwort. Diese humanitäre Hilfe wird von allen Rednern begrüßt. Es wird auch von Hilfe zur Selbsthilfe gesprochen und betont, dass man im Auge behält, was mit diesen Spendengeldern geschieht.

Beschluss:

Der MFOR-Bundesverband Pro Humanitate e.V. erhält für die Ausstattung eines Sozialzentrums in Kalarasch einen Zuschuss in Höhe von 4.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 6: Mietzuschuss an den Verein "Bühler Tafel e.V."

In seiner Einführung betont Bürgermeister Jokerst, dass es zwischenzeitlich gelungen ist, dass sich die Kommunen der Südschiene hier beteiligen.

Stadtrat van Daalen erklärt, dass man seitens der CDU-Fraktion die Tafel gerne unterstützt, aber natürlich traurig ist, dass man eine solche Einrichtung überhaupt braucht. Er verweist darauf, dass er bereits im vergangenen Jahr beantragt hat, einen Wirtschaftsplan vorgelegt zu bekommen. Er beantragt einen Arbeitskreis Tafel mit Beteiligung der Tafel, des Gemeinderates und der Verwaltung, um die Tafel zu unterstützen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erwähnt ebenfalls, dass wohl in der Sozialpolitik etwas schiefgelaufen ist, so dass eine Tafel notwendig ist. Er sichert die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu und dankt insbesondere auch den ehrenamtlich Tätigen. Auch er findet es erfreulich, dass sich die benachbarten Kommunen ab dem nächsten Jahr an dem Zuschuss beteiligen.

Auch Stadtrat Hirn sichert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu und begrüßt die Beteiligung der Südschiene-Kommunen.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass die Tafel derzeit immer noch eine Liquiditätshilfe braucht. Er erinnert auch daran, dass die Tafel sich bereiterklärt hat, hier im Gemeinderat die Zahlen offen zu legen, so dass man dann festlegen kann, wie es mit der finanziellen Unterstützung weitergeht.

In ähnlicher Weise wie seine Vorredner äußert sich auch Stadtrat Seifermann, der allerdings bezweifelt, ob man einen eigenen Arbeitskreis benötigt. Möglicherweise könnte hier auch der Kultur- und Sozialausschuss gefragt sein.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass man der Tafel auch jetzt schon Beratung gewährt und man aber durchaus diskutieren kann, ob man einen solchen Arbeitskreis bilden möchte.

Beschluss:

Der Verein „Bühler Tafel e.V.“ erhält für die von August 2019 bis Dezember 2019 anfallende Miete und die im gleichen Zeitraum zu entrichtenden Nebenkostenvorauszahlungen für den Laden in der Bühlertalstraße 6 in Bühl einen Mietzuschuss von insgesamt 12.500,00 €. Der Zuschuss wird in zwei Teilraten vorschüsslich ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 7: Erklärung des Klimanotstandes für die Stadt Bühl

In seinen einleitenden Worten erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass er kürzlich einen Vortrag von Herrn Prof. Dr. Michael Kunz vom KIT zum Thema „Klimawandel und seine Auswirkungen auf lokale Ebene“ erleben durfte, er sagt zu, diesen Vortrag auch den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Evtl. könnte man Herrn Prof. Dr. Kunz auch mal in den Gemeinderat einladen. Unter anderem ging es um die fatale Situation auf das örtliche Klima durch die allen bekannten Prozesse im Rahmen der Erderwärmung. Deshalb ist es wichtig, global zu denken und lokal zu handeln. Er weist aber auch darauf hin, dass man bisher nicht untätig war und nennt als Beispiele Klimopass, Klimaschutzkonzeption, die Einstellung einer Klimaschutzmanagerin, die vorgesehene Klimaschule am Windeck-Gymnasium sowie auch das Thema Biodiversität. Sicherlich muss man all diese Anstrengungen noch weiter intensivieren. Auch der Klimabeirat mit Beteiligung der Bürger soll wieder ins Leben gerufen werden, wobei er hofft, dass sich hier auch und gerade Jugendliche engagieren.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger bedankt sich zunächst für die Leistungen, die in Bühl bereits erbracht werden. Er nennt auch noch zwei installierte Solaranlagen sowie die Bühler Bürger Energiegenossenschaft, die bereits viele Anlagen zur Nutzung von regenerativer Energie gebaut hat. Er bezieht sich zunächst auf einen Artikel der „Zeit“ von 1988, wonach „die Erde Fieber hat“. Die vergangenen vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor fast 170 Jahren. Er geht auch auf die Erderwärmung in Bezug auf das vorindustrielle Zeitalter ein, u.a. lagen die 20 wärmsten Jahre in den vergangenen 22 Jahren. Auch in Deutschland herrschten 2018 Rekordtemperaturen. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Notlage der Bauern, weil die Ernten schlecht ausgefallen sind. Auch 2019 zeigt sich überall auf der Welt Extremwetter. In den südwesteuropäischen Ländern gab es wiederum Hitzerekorde. Das Ziel des Pariser Abkommens, woran sich jetzt die USA nicht mehr halten möchten, war, 1,5 Grad Celsius nicht zu überschreiten. Im Oberrheingraben wurde jedoch wohl schon die 2 Grad Grenze überschritten. Die Klimabelastung ist im Oberrheingraben ohnehin stärker als in anderen Gebieten. Er verweist auf einen Film im SWR, mit dem Titel, „Wie verändert der Klimawandel den Südwesten?“. Sicherlich werden sich die Lebensbedingungen hier weiter verschlechtern. Er nennt einige weitere Beispiele dieser Auswirkungen. Er betont, dass die Veränderungen des Klimas bei uns spürbar sind. Der Begriff „Klimawandel“, ist jedoch irreführend, er verschleiert die Fakten. Der Begriff „Klimakrise“ ist schon etwas realistischer, doch auch hier könnte man meinen, auch Krisen gehen irgendwann mal vorbei. Dies wird jedoch nach menschlichen Maßstäben hier nicht der Fall sein. Deshalb gibt es in der Wissenschaft den Begriff „Climate Distruccion“, also Klimazerrüttung. Eine weitere treffende Bezeichnung ist der Begriff „Klimanotstand“ also „Climate Emergency“, d.h. kritische Lage, und in der befindet man sich in der Tat. Ein anderer Begriff ist auch Klimazusammenbruch. Durch die Einführung und den Gebrauch des Begriffes Notstand werden Klimaschutzmaßnahmen höchste, nicht aufschiebbare Priorität zugeschrieben. Auch die UN sprach bereits im September 2018 von einer Krise höchster Dringlichkeit. Eine andere Aussage seitens der UN ist, dass es sich im wahrsten Sinne des Wortes um einen Klimanotstand handelt und man den Kampf des Lebens kämpft. Als erste Stadt der Welt hat deshalb Los Angeles bereits 2017 den Klimanotstand ausgerufen. Die britische und die französische Regierung haben 2019 den Klimanotstand erklärt, so wie viele Städte weltweit. Bis heute haben in Deutschland 34 Städte unterschiedlicher Größe dies auch getan. Mit der Resolution der Erklärung des Klimanotstandes beschließt der Gemeinderat nicht nur, dass die Stadt von den Verantwortlichen, also den Regierenden in Stuttgart, Berlin und Brüssel, fordert, deren Anstrengungen zu verstärken, so dass das Ziel des Pariser Abkommens von 1,5 Grad Celsius Erwärmung eingehalten werden kann. Es wird auch beschlossen, dass die Stadt Bühl die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische

Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigt wird und, wenn immer möglich, jede Entscheidung prioritär behandelt, die positive Auswirkungen für Klima, Umwelt und biologische Vielfalt hat sowie den Klimawandel und dessen Folgen abschwächt. In einer Klausurtagung wird der Gemeinderat die Leitplanken für das weitere Vorgehen zur Bekämpfung des Klimanotstandes fassen, wenn der Beschluss so erfolgt, wie es in der Vorlage steht.

Es entwickelt sich eine lange und intensive Diskussion. Zum Teil werden auch Beiträge der Redner mit Applaus seitens der Zuhörer bedacht.

Stadtrat Seifermann betont, dass der Klimawandel ohne Zweifel da ist, dass es aber schon eine andere Sache ist, einen Klimanotstand zu beschließen. Wenn man diesen Beschluss fasst, muss man auch wirklich mehr als bisher tun. Deshalb hat er auch diese Klausurtagung vorgeschlagen, in welcher konkrete Ziele erarbeitet werden sollen. Er verweist auch auf seiner Meinung nach kontraproduktive Sachen, z.B. die Beteiligung am Baden-Airpark, über die dann zu sprechen sein wird. Er nennt noch weitere Beispiele, wo sich solche Fragen für ihn aufwerfen. Er betont, dass es wichtig ist, klare Ziele zu setzen, nämlich wie viele finanzielle Mittel man aufwenden soll und wie viel CO₂ eingespart wird. All dies ist für ihn so wichtig, dass man deshalb einen beschließenden Ausschuss bilden sollte, der sich mit all diesen möglichen Maßnahmen befasst und diese dann auch beschließt. Ohne einen solchen beschließenden Klimaausschuss kommt man seiner Meinung nach nicht schnell genug voran, das bisherige Tempo war nicht schnell genug. Getreu dem Motto „global denken – lokal handeln“, ist er der Auffassung, dass man hier vor Ort das tun muss, was möglich ist. Abschließend erklärt er, dass er dies unterstützt, wenn der Gemeinderat sich heute mit diesem Beschluss dazu verpflichtet, mehr zu tun, aber er wird dies auch immer wieder entsprechend einfordern.

Stadträtin Becker erinnert an die Regelungen an den Schulen aus vorherigen Zeiten bezüglich Hitzefrei und betont, dass wissenschaftlich erwiesen ist, dass der jetzige Klimawandel von Menschen gemacht ist. Auch sie betont, dass Bühl nicht die Welt retten kann, aber das man das seinige vor Ort dazu tun muss, um die Situation zu verbessern. Sie weist darauf hin, dass am kommenden Freitag in Bühl „fridays for future“ stattfindet und betont, dass Klimaschutz nicht nur eine Sache der Jugendlichen ist. Auch die älteren Erwachsenen sind davon betroffen. Man muss jedoch die Bedenken der Jugendlichen und Kinder ernst nehmen. Klimanotstand muss mehr sein als reine Symbolpolitik. Es reicht nicht, jetzt lediglich ein Zeichen zu setzen. Sie erinnert an das ökologische Leitbild der Stadt Bühl von vor einigen Jahren und betont, dass damit eigentlich alles drin steht und man dies jetzt einfach nur umsetzen muss. Sie erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Freien Wähler unterstützt. Sie freut sich auf die Klausurtagung mit der Erarbeitung der Leitplanken für das weitere Vorgehen.

Stadtrat Jäckel bezieht sich auch auf die „fridays for future“-Bewegung und betont, dass der Begriff „Notstand“ ein politischer Begriff ist, insbesondere ist er mit der Notstandsgesetzgebung verbunden, in welcher einer Regierung in besonderen Situationen besondere Machtbefugnisse übertragen werden. Beim Klimanotstand handelt es sich zunächst nur um einen symbolischen Begriff, der die Dringlichkeit beschreibt, in Sachen Klimaschutz zu handeln. Damit soll die Verwaltung verpflichtet werden, dem Klimaschutz bei allen Entscheidungen von Politik und Verwaltung höchste Priorität einzuräumen, d.h., im Zweifel für den Klimaschutz. Gerade angesichts knapper Finanzmittel kann dies sehr schnell dazu führen, dass verschiedene Projekte und Maßnahmen nicht mehr ausreichend finanziert werden können. Evtl. kann damit auch die örtliche Wirtschaft bei Interessenskonflikten schnell das Nachsehen haben. Letztlich schränkt man sich selbst in der Entscheidungsfreiheit ein. Die FDP-Fraktion sieht in dem Antrag Aktionismus. Sicherlich wird der öffentliche Druck auf die Kommunalpolitiker steigen, die den Klimanotstand anerkannt haben. Er beschreibt an Beispielen, was es eigentlich für Folgen hätte, wenn eine Stadt sich in einem akuten Notstand befindet. Er betont, dass eine Politik mit den Ängsten von Menschen das Geschäft populistischer Kräfte ist.

Wer zuvor den Klimanotstand befürwortet hat, tappt in eine Glaubwürdigkeitsfalle, wenn er im Ernstfall dann anders entscheidet. Solche Dinge kommen z.B. dann zum Tragen, wenn es Zielkonflikte gibt, worauf er mit einigen Beispielen eingeht. Er erklärt, dass die FDP-Fraktion sich ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Abkommens bekennt und auch zum Klimaschutzkonzept der Stadt Bühl. Man nimmt auch ernst, dass sich junge Menschen um die Zukunft Sorgen machen. Nicht aus den Augen verlieren darf man jedoch, dass es keinen lokalen Klimawandel gibt. Letztlich handelt es sich um eine weltweite Herausforderung, der auch weltweit begegnet werden muss. Es braucht mehr Diskussion im Gremium über die Frage, welche Ziele man in Bühl erreichen will. Die FDP-Fraktion fordert eine Stärkung des Klimabeirats und unterstützt die Forderung nach einer Klausurtagung. Er geht auch noch auf einige Handlungsfelder ein. Man steht also für echte Maßnahmen anstatt für symbolischen Klimanotstand. Er sichert zu, dass sich die FDP-Fraktion für den Klimaschutz einsetzen wird und sich bemühen wird, soziale, ökonomische und ökologische Belange zu verzahnen. Abschließend erklärt er, dass die FDP-Fraktion Punkt 1 des Beschlussvorschlages ablehnen wird, und den weiteren Punkten 2, 3 und 4 zustimmen wird.

Stadträtin Dr. Burget-Behm erklärt, dass bekannt ist, dass die Erde an ihre Grenzen gerät. Auch sie nennt dazu einige unübersehbare Tatsachen. Sie betont, dass die Bewahrung der Schöpfung für die Kinder und Enkel christdemokratischer Urgedanke ist und Kern des politischen Auftrags. Die Menschen erwarten von den Politikern auf allen Ebenen wirksame Antworten. Zwangsläufig wird es zu Zielkonflikten kommen, die auch hier am Ratstisch zu Tage treten. Sie betont aber auch, dass die Stadt Bühl und damit auch der Gemeinderat schon viel in Sachen Klimaschutz getan haben. Sie nennt dazu beispielhaft einige Schritte in Sachen Klimaschutzkonzept. In diesem Zusammenhang äußert sie den Wunsch, dass im Klimabeirat zukünftig auch junge Menschen mitarbeiten, am besten aus der „friday für future“-Bewegung. Sie betont auch, dass es jetzt in verschiedenen Bereichen noch weitergehen muss. Sie betont, dass für die CDU-Fraktion Punkt 4 des Beschlussvorschlages der Wichtigste ist. Es sollte nicht nur in der Klausurtagung, sondern auch im Klimabeirat die Leitplanken oder die Pläne für ein Klimaschutzkonzept zur Vermeidung eines Klimanotstandes gefasst werden. Sie würde auch die Idee eines eigenen Klimaausschusses unterstützen. Sie betont jedoch auch, dass einige in der Fraktion Probleme mit dem Begriff des Klimanotstandes und der Ausrufung desselben haben. Notstände sind akute Ereignisse und wenn ein Notstand ausgerufen wird, treten Notstandspläne in Kraft und genau solche Pläne hat man jedoch noch nicht. Diese sind ja erst in den entsprechenden Gremien zu erarbeiten. Sie beantragt deshalb, den Notstand erst dann auszurufen, wenn man einen Plan hat, was nach einer solchen Ausrufung zu tun ist und wie ihm zu begegnen ist. Es wird also beantragt, die Ausrufung des Klimanotstandes bis nach der Klausurtagung zurückzustellen, wenn es konkrete Pläne gibt. Mit einer rein symbolischen Erklärung hat man innerhalb der Fraktion seine Schwierigkeiten. Sie erläutert weiter, dass man sich dem begonnenen Klimawandel anpassen muss, u.a. nennt sie Berufe, die stark davon betroffen sind. Abschließend erklärt sie nochmals, dass man den Beschlussvorschlag mitträgt, jedoch den Beschluss über den Klimanotstand bis nach der Klausurtagung zurückstellen möchte, bis es klare Pläne gibt, wie damit umzugehen ist, wenn man einen Notstand ausruft.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger betont, dass es gerade der Sinn dieses Antrages war, eine Diskussion in Gang zu setzen. Natürlich müssen so einem Antrag dann auch Maßnahmen folgen. Er gesteht zu, dass manche mit dem Begriff „Klimanotstand“ Schwierigkeiten haben. Er betont aber, dass man sich tatsächlich bereits im Klimanotstand befindet, wenn auch der zeitliche Ablauf der Erwärmung lange dauert. Das bedeutet, eine sofortige Reduzierung des CO₂-Ausstoßes wirkt sich nicht sofort aus. Eine solche Reduzierung ist jedoch notwendig, was nicht erst jetzt, sondern schon seit Jahrzehnten gefordert wird. Er beziffert auch nochmals die Mengen an CO₂-Ausstoß, welche nicht überschritten werden dürfen, wenn man das 2-Grad-Ziel erreichen möchte. Daraus folgt klar, dass man keine Zeit mehr hat, dass man jetzt handeln muss und dass man es nicht so machen darf, wie die große Politik, die zwar schon längst Beschlüsse gefasst hat, aber letztlich nichts tut.

Stadtrat Löschner geht auf die Äußerungen von Stadtrat Jäckel ein und betont, dass es hier nicht um diffuse Ängste geht, sondern um Prognosen, die man inzwischen als sicher bezeichnen kann. Er gibt auch zu bedenken, dass zukünftig Klimaflüchtlinge zu erwarten sind und man kann diesen Vorgang jetzt vielleicht noch beeinflussen. Das, was bisher bereits versäumt wurde, ist nicht mehr reparabel. Er erklärt, dass die Grünen vor 30, 40 Jahren als angebliche Chaoten angesehen wurden, jetzt zeigt sich, dass die anderen die Chaoten waren und die Welt kaputt gemacht haben. Es wäre sehr viel leichter gewesen, wenn man schon vor Jahrzehnten die Idee gehabt hätte, umzusteuern mit dem ganzen Wirtschaftshandeln und mit der Ausbeutung der Natur. Er ist der Meinung, dass Bühl eine Baumschutzverordnung braucht und man sollte auch auf Vorlagen nicht nur die finanziellen Auswirkungen aufführen, sondern auch die das Klima betreffende Auswirkungen.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass das letzteres sicherlich in der Klausurtagung so festgelegt werden kann, hinsichtlich der Baumschutzverordnung verweist er auf zusätzlichen Personalbedarf und die dann zu führenden Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung, welche Bäume stehen bleiben können und welche nicht.

Stadtrat Seifermann betont, dass es wirklich wichtig ist, dass man nicht nur deklariert, sondern dass, was man verspricht, auch hält.

Stadtrat Gretz geht auf den Wunsch von Stadträtin Dr. Burget-Behm ein, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zu verschieben und betont, dass man gerade deshalb heute diskutiert und dass die in der Klausurtagung zu erarbeitenden Leitplanken die Folgen dieses Beschlusses sein werden. Deshalb sollte gerade dieser Beschluss über die Ausrufung des Klimanotstandes heute gefasst werden, wenn es im Moment auch nur symbolisch sein kann, damit man sich danach dauerhaft mit dem Thema beschäftigt.

Stadträtin Dr. Burget-Behm erläutert nochmals ihre Haltung und geht auf den Begriff „Notstand“ ein.

Stadträtin Becker entgegnet, dass der Notstand nicht darauf wartet, dass die Stadt Bühl einen Plan hat, wie man ihm begegnen kann. Sie betont ausdrücklich, dass man sich tatsächlich bereits im Klimanotstand befindet, man es nur nicht immer unmittelbar bemerkt. Sie spricht sich deshalb für den kompletten Beschlussvorschlag aus.

Stadtrat Kohler erklärt, dass die Stadt Bühl bisher schon viel gemacht hat, dass man aber ohne Zweifel die Anstrengungen noch verstärken muss. Dazu gehört aber auch, den Bürgern zu sagen, dass das nur funktionieren kann, wenn jeder einzelne auch etwas dazu beiträgt. Die Stadt alleine kann nur einen Teil leisten. Er wünscht auch, dass die Klimaschutzbeauftragte mal einen Tätigkeitsbericht abgibt und er denkt, dass sie auch Konzepte erarbeiten kann, was man in Zukunft in diesem Bereich machen kann.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass dieser Bericht kommen wird.

Stadtrat Jäckel geht auf entsprechende Äußerungen seiner Vorredner, auch nochmals auf den Begriff Notstand ein und darauf, warum er damit gewisse Probleme hat. Dass man etwas tun muss, und dass man mehr tun muss, steht für ihn außer Frage, man braucht dafür aber nicht die symbolische Ausrufung des Notstandes. Er geht auch nochmals auf die Gefahr ein, in eine Glaubwürdigkeitsfalle zu tappen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger stellt erfreut fest, dass alle Fraktionen anerkennen, dass es eine Klimaerwärmung gibt und dass alle bereit sind, Maßnahmen ergreifen zu wollen. Er geht auch nochmals auf den Begriff Notstand ein und erklärt, dass dieser bereits eingetreten ist und man keine Zeit mehr hat. Sobald der Kippunkt erreicht ist und das Grönland- und Arktis-

eis schmilzt sowie die Permafrostböden in Russland und Kanada auftauen und dadurch schädliches Methan freigesetzt wird, sind die Folgen unumkehrbar. Sobald diese Katastrophe da ist, wird es wesentlich teurer als das, was man jetzt an Maßnahmen ergreifen kann. Deshalb muss man seiner Meinung nach den Klimanotstand ausrufen. Eine Maßnahme, um CO₂ aufzunehmen, ist z.B. eine großflächige Aufforstung.

Stadtrat Broß bestätigt, dass quer durch alle Fraktionen sicherlich angekommen ist, dass das Klima sich wandelt und das die Klimaerwärmung fortgeschritten ist. Er sichert seine persönliche Zustimmung zu allen vier Punkten des Beschlussvorschlages zu, erklärt aber auch, dass er es sehr schade finden würde, wenn man hier nicht eine einheitliche Meinung zustande bekäme. Er schlägt deshalb vor, in diesem Jahr noch die Klausurtagung zu machen und anschließend über dieses Thema abzustimmen und eine einheitliche Meinung zu bekommen. Eine mögliche Kampfabstimmung aufgrund des Begriffes „Notstand“ hat sicherlich eine schlechte Signalwirkung. Er spricht sich deshalb nochmals für den Vorschlag aus, die Punkte 2-4 zu beschließen und den Punkt 1 auf unmittelbar nach der Klausurtagung zu vertagen.

Stadtrat Fritz erklärt, dass man schon längst viele Dinge hätte tun können, z.B. im Bereich energetische Sanierungen. Dort könnte man viel mehr erreichen, als es an Symbolik fest zu machen, wenn es z.B. um zwei, drei Bäume geht.

Stadträtin Becker betont, dass die Leute von der „friday for future“- Bewegung einen kalkulierten Regelbruch begehen, in dem sie die Schule schwänzen. Und natürlich ist auch der Begriff Climate Emergency ein Kampfbegriff. Sie zeigt sich auch enttäuscht, dass der Gemeinderat bis jetzt zumindest dies nicht anerkennt, sondern noch darauf wartet, wie man das jetzt definiert. Sie fände es nicht in Ordnung, wenn man jetzt quasi den Klimanotstand vertagen würde.

Stadträtin Dr. Burget-Behm geht abschließend nochmals auf ihre Haltung ein und stellt diesen Antrag, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zu vertagen, bis man einen entsprechenden Plan hat.

Stadtrat Jäckel erklärt ebenfalls nochmals seine Auffassung.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass die Bundesregierung ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen will. Er geht nochmals auf seine Gründe ein, die Behandlung des Tagesordnungspunktes im Gemeinderat zu beantragen.

Über den Antrag von Stadträtin Dr. Burget-Behm, Nummer 1 des Beschlussvorschlages auf nach der Klausurtagung zu vertagen, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die in der Gemeinderatsvorlage unter I 2. dargelegte Resolution und erklärt für die Stadt Bühl den Klimanotstand.

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen**

2. Der Gemeinderat erkennt die bisher getroffenen Maßnahmen auf städtischer Ebene als nicht ausreichend an, um dem Klimawandel und dessen Folgen zu begegnen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

3. Der Gemeinderat fordert den Bund und das Land Baden-Württemberg auf, alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 eingehalten werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

4. Der Gemeinderat beschließt, in einer Klausurtagung die Leitplanken für das weitere Vorgehen zur Bekämpfung des Klimanotstandes zu fassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 8: Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2019

Stadtrat Fallert verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden / Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 9: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Wahlprüfung

Mit Schreiben vom 24. 06.2019 hat das Regierungspräsidium Karlsruhe mitgeteilt, dass bei der Gemeinderatswahl und den Ortschaftsratswahlen keine Einsprüche eingegangen sind. Es wurden bei der Prüfung auch keine wesentlichen Verstöße gegen Wahlvorschriften festgestellt, die das Ergebnis der Wahlen hätten beeinflussen können. **Die Wahlen sind somit gültig.**

Regionalkonferenz WRO

Für den nördlichen Teil der Wirtschaftsregion Ortenau findet am Dienstag, 10.09. 2019 um 19:00 Uhr in Achern eine Regionalkonferenz statt, wozu alle Stadträte eingeladen sind. Die Anwesenheit möglichst vieler Gemeinderatsmitglieder wird dabei als wichtig erachtet, da in Zeiten möglicherweise schwächelnder Konjunktur die Unterstützung der Wirtschaft durch die Kommunen in besonderer Weise beobachtet wird.

Kinderspielplatz Hänferdorf

Am 24. Juni 2019 wurde den Vertretern des Hänferdorfes das neue Spielplatzkonzept mit Planskizzen vorgestellt und mit diesen besprochen. Dabei werden auch mehrere neue Anregungen aufgenommen. Die Umsetzung des Konzeptes ist nach dem derzeitigen Stand ab September 2019 eingeplant.

Verhalten von Autofahrern

Stadtrat Teichmann erklärt, dass man meinen könnte, Bühl sei für Autofahrer ein rechtsfreier Raum. Er geht auf das Parkverhalten in der Hauptstraße und anderen Bereichen und auch auf das Befahren von Fußgängerzonen usw. ein. Er ist der Meinung, dass hier mal durchgegriffen werden muss, d.h. mit Bußgeldern oder auch mit Abschleppen.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass man entsprechend reagieren wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Vorsitzende:

Wolfgang Jokerst
(Sitzungsleitung bei TOP 3)

Der Schriftführer:

Reinhard Renner